

Stand: 25.06.2026 21:22:37

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/22852

"Bayerns Interessen vertreten - Europäische Zusammenarbeit stärken"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/22852 vom 25.06.2018
2. Beschluss des Plenums 17/22941 vom 26.06.2018
3. Plenarprotokoll Nr. 135 vom 26.06.2018



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Christine Kamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bayerns Interessen vertreten – Europäische Zusammenarbeit stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Frieden sichern, Wohlstand erhalten, natürliche Lebensgrundlagen schützen: Bayern hat als Land im Herzen Europas ein fundamentales Interesse an diesen Zielen. Dafür ist Bayern auf starke und demokratische Institutionen angewiesen. Der Landtag sieht mit Sorge, dass autoritäre und nationalistische Parteien bei unseren Nachbarn die Errungenschaften der europäischen Integration in Frage stellen und damit gegen bayerische Interessen handeln.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen für mehr Kooperation und gegen die Aushöhlung der Grundfreiheiten der Europäischen Union der Niederlassungsfreiheit, des freien Waren-, Dienstleistungs- und freien Kapitalverkehrs, für offene Grenzen innerhalb des Schengen-Raums und eine Stärkung des liberalen und demokratischen Rechtsstaats einzusetzen.

Begründung:

Der aktuelle Versuch der CSU als kleinster Teil der Bundesregierung geltendes Europarecht zu unterlaufen, erschwert humane und praktikable Lösungen in der Flüchtlingspolitik, schwächt die Europäische Union und steht im Widerspruch zu bayerischen Interessen. Bis heute ist die Art und Weise, wie die Menschen und Staaten in der Europäischen Union zusammenarbeiten und Konflikte lösen, einmalig auf der Welt. Für eine gute Zukunft brauchen wir die Europäische Union umso mehr. Die großen grenzüberschreitenden Probleme unserer Zeit sind für Kleinstaaterei zu groß: Kampf gegen die Klimakrise, Hunger, Armut, Krieg und Terrorismus, Korruption, die gerechte Gestaltung der Globalisierung sowie der Einsatz für eine humane Flüchtlingspolitik und die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Wohlstand und am Fortschritt. Wir können all das nur mit einer funktionierenden EU bewältigen. Sie muss die demokratische Antwort auf die Globalisierung sein.

Gerade Bayern hat als exportorientiertes Land mit vielfältigen kulturellen Wurzeln im Herzen Europas ein großes Interesse an einem stabilen und demokratischen Umfeld und an der Freizügigkeit von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital in Europa. Die europäische Integration war in den letzten Jahrzehnten Garant für Frieden und Wohlstand. Die europäischen Nachbarn sind ein entscheidender Absatzmarkt. Ein anderes Grenzregime mit permanenten Kontrollen und der Einschränkung der Freizügigkeit würde die bayerische Wirtschaft empfindlich treffen. Wirtschaftsvertreter wie der Präsident des Außenhandelsverbands Holger Bingmann betonen, dass Deutschland auf offene Grenzen angewiesen sei. Ähnliches gilt für den wachsenden Fachkräftemangel. Hier braucht Bayern Einwanderung. „Ohne Flüchtlinge und Einwanderer wäre die Ausbildungsbilanz mit einem dicken Minus äußerst besorgniserregend ausgefallen. Sie sind eine wichtige Stütze“, so der Präsident des Bayerischen Industrie- und Handelskammertags Eberhard Sasse.

Mehr europäische Zusammenarbeit liegt im Interesse Bayerns. Wer das infrage stellt und auf einseitige nationale Lösungen setzt, schwächt Europas Handlungsfähigkeit, stärkt autoritäre und nationalistische Kräfte, die unsere Demokratie schwächen wollen und handelt gegen Bayern.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Christine Kamm** und Fraktion (**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**)

Drs. 17/22852

Bayerns Interessen vertreten – Europäische Zusammenarbeit stärken

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Katharina Schulze

Abg. Natascha Kohnen

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Alex Dorow

Abg. Claudia Stamm

Abg. Alexander Muthmann

Staatsminister Georg Eisenreich

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bayerns Interessen vertreten - Europäische Zusammenarbeit stärken

(Drs. 17/22852)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Georg Rosenthal, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD)

Europe United: Gemeinsam handeln statt nationaler Alleingänge (Drs. 17/22854)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Europäische Probleme gemeinsam lösen - Bund und Europa sind gefordert!

(Drs. 17/22892)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Tobias Reiß u. a. und Fraktion (CSU)

Für ein starkes Europa - Zusammenarbeit der Staaten auf Augenhöhe zur

Bewahrung der europäischen Grundwerte (Drs. 17/22893)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Schulze von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Tagen werde ich dauernd gefragt: Sag mal, ganz ehrlich: Dieses ganze Theater, das die CSU gerade veranstaltet, meinen die das ernst, oder ist das nur Wahlkampf? – Dann muss ich ihnen sagen: Leider stimmt beides. Ja, der CSU geht es um die Landtagswahl im Herbst. Aber ich muss leider auch sagen: Ja, die CSU will ein anderes Land, als wir es kennen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Ja!)

Markus Söder sagt selber, die Zeiten des geordneten Multilateralismus seien vorbei. Und er umgibt sich gerne mit den Kurz und Orbáns, die für autoritäre und nationale Politik stehen. Ehrlich gesagt, liebe Kolleginnen und Kollegen, genau darum wird es auch bei der Landtagswahl im Herbst gehen: In was für einem Land möchten wir leben? Möchten wir in einem lebenswerten und lebenswerten Bayern leben, das auf europäische Zusammenarbeit und offene Grenzen im Schengenraum setzt, offen für Personen, Güter, Dienstleistungen und kulturellen Austausch, wo wir die Herausforderungen gemeinsam anpacken? – Ja, ich möchte genau in so einem Europa und in so einem Bayern leben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Oder wird es ein Bayern werden, wie es die CSU gerne hätte, das auf Grenzen und Kontrollen setzt, das sich abschottet und den wirtschaftlichen und kulturellen Austausch abwürgt? – Liebe Kolleginnen und Kollegen, in so einem Bayern und in so einem Europa möchte ich nicht leben, und ich bin mir sicher, dass die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger in Bayern das auch nicht möchte. Schauen Sie sich doch mal die Realität in den Grenzregionen an. Sprechen Sie mit den Unternehmerinnen und Unternehmern dort, die auf den Export dringend angewiesen sind. Sprechen Sie mit den Menschen in den Grenzregionen, die jetzt schon über diese lächerlichen drei Grenzkontrollen stöhnen, die Staus verursachen. Da gibt es Schleichwege, auf denen man an ihnen vorbeifahren kann. Uns allen muss doch klar sein, dass die Menschen

und die Unternehmen in den Grenzregionen und in ganz Bayern von einem starken Europa profitieren. Sie profitieren davon, dass wir endlich ein Ende der Schlagbäume in Europa erreicht haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie von der CSU sich mit Ihrer Politik durchsetzen können, dann wird sich das verändern. Ich finde, dann gehört es zur Ehrlichkeit dazu, dass Sie offen und ehrlich sagen, welchen Preis wir alle dafür bezahlen werden, wenn die europäische Integration weiter zurückgedreht wird. Es wird Mehrkosten für den Warenverkehr in Höhe von mindestens drei Milliarden Euro pro Jahr geben, sagt der Präsident des Außenhandelsverbands. Es wird wieder lange Schlangen an den Grenzen geben, weniger Exporte, weniger Austausch zwischen den Ländern und massive Einschränkungen für die Pendlerinnen und Pendler und für die Touristinnen und Touristen. Und wir werden ein Chaos in der Asylpolitik bekommen; denn ganz ehrlich: Was wäre die Folge, wenn Ihre rechtswidrige Flüchtlingspolitik umgesetzt wird? – Die CSU schickt die Geflüchteten nach Österreich zurück. Österreich schickt die Geflüchteten dann nach Italien zurück. Was passiert dann, wenn Italien die Geflüchteten künftig ohne Registrierung nach Norden schickt? Wollen Sie dann zusammen mit Sebastian Kurz eine Mauer am Brenner errichten, oder ist Ihnen dann Kiefersfelden lieber? Liebe Kolleginnen und Kollegen, man sieht doch da, dass sich die Interessen der CSU nicht mit den Interessen Bayerns decken. Sie stehen sogar in einem deutlichen Widerspruch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir Bayerinnen und Bayern haben der EU Frieden und Wohlstand zu verdanken. Wir brauchen gerade im Jahr 2018 die Europäische Union mehr denn je; denn die großen Probleme unserer Zeit sind für Kleinstaaterei zu groß: Kampf gegen die Klimakrise, gegen Hunger, Armut, Krieg, Terrorismus und Korruption, eine humane Flüchtlingspolitik und die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Wohlstand und am Fortschritt – all das geht nur mit einer starken EU.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine starke EU ist die demokratische Antwort auf die Globalisierung und auf die autoritären und gefährlichen Putins, Trumps und Erdogans dieser Welt. Sie als CSU hingegen wollen die EU schwächen. Sie setzen damit unseren Wohlstand und unsere Zukunft aufs Spiel in der Hoffnung, Ihre eigene Zukunft zu retten. Das ist schäbig. Damit handeln Sie gegen bayerische Interessen. Sie sind nicht in der Lage, bayerische Interessen ordentlich zu vertreten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie wollen ein anderes Bayern, Sie wollen einen politischen Systemwechsel. Sie verschieben das politische Koordinatensystem.

Aber ich sage Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die Mehrheit im Land macht da nicht mit. Die Mehrheit im Land weiß bei aller Kritik im Detail, was sie an ihrer EU hat und was Bayern an unserer EU hat. Deswegen haben die Menschen genug von Ihrer Spalterei. Sie haben genug davon, dass Sie dauernd den einen gegen den anderen ausspielen. Die Menschen in Bayern wollen endlich hören, wie wir die Zukunft bewältigen. Wie schützen wir die natürlichen Lebensgrundlagen? Wie sorgen wir für gleiche Rechte und Chancengleichheit für Männer und Frauen? Wie gestalten wir die Digitalisierung? Das sind die drängenden Fragen, die die Bürgerinnen und Bürger umtreiben, nicht Ihr ständiges panikartiges Gekreische beim Thema Asyl,

(Ingrid Heckner (CSU): Ein Gekreische machen Sie!)

wo Sie den Realitätsbezug total verloren haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auf die ganzen drängenden Fragen, die die Bürgerinnen und Bürger umtreiben, haben Sie keine Antworten. Wir haben gerade gesehen, wie Sie sich bei der Aktuellen Stunde bei dem wichtigen Thema "Wie können wir das Artensterben stoppen?" gewunden

haben. Keine konkreten, zukunftsgerichteten Ideen und Visionen kamen von Ihrer Seite.

Deswegen bin ich mir sehr sicher, liebe Kolleginnen und Kollegen: Am 14.10. wird der Verlierer der Wahl nicht Europa heißen. Der Verlierer am 14.10. wird Markus Söder heißen. Und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist eine gute Nachricht für Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat Frau Kollegin Kohnen von der SPD das Wort. Bitte schön.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern liegt im Herzen Europas. Das ist nicht nur eine geografische Feststellung, sondern das beschreibt auch die Quelle unseres wirtschaftlichen Erfolges. Unser Wohlstand hängt unmittelbar an Europa. Unseren Erfolg in den letzten Jahrzehnten haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erarbeitet, darunter übrigens viele, die nicht in Bayern geboren sind, sondern aus ganz Deutschland, aber auch aus unseren europäischen Partnerländern kommen. Unseren Erfolg in den letzten Jahrzehnten haben natürlich auch die bayerischen Unternehmerinnen und Unternehmer erarbeitet, die kluge und mutige Entscheidungen getroffen haben. Aber unser Erfolg der letzten Jahre wäre undenkbar ohne die europäische Einigung.

(Beifall bei der SPD)

Niemand hat von der Schaffung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vor mehr als 60 Jahren mehr profitiert als wir in Bayern. Niemand hat vom EU-Beitritt unserer osteuropäischen Nachbarn mehr profitiert; denn dadurch ist Bayern wirtschaftlich wirklich in die Mitte Europas gerückt. Niemand hat von der Einführung des Euro, unserer Gemeinschaftswährung, die den Export bayerischer Produkte in den Euroraum so viel einfacher gemacht hat, mehr profitiert. Niemand hat vom Schengener Abkommen und

von der Öffnung der Grenzen mit freiem Verkehr von Personen, Waren und Dienstleistungen in einem Wirtschaftsraum mit 350 Millionen Menschen mehr profitiert. Das ist die Basis unseres Wohlstands. Die Verantwortlichen der bayerischen Wirtschaft wissen das sehr genau. Ich war letzte Woche bei der IHK für München und Oberbayern. Die wichtigste Botschaft dort lautete: Der Freihandel ist überlebenswichtig für die bayerische Wirtschaft. Dies bedeutet in Zahlen ausgedrückt: Mehr als jeder zweite Euro in Bayern wird im Ausland verdient. Mehr als jeder zweite Job in Bayern wird durch den Export gesichert. Das ist mehr als in den anderen Teilen Deutschlands. Das gilt für die Automobilindustrie, den Maschinenbau und ganz besonders die Elektrotechnik. Wir bauen in Bayern Spitzentechnologien. Wir bauen sie für die ganze Welt, besonders aber für Europa. Die bayerische Industrie ist stärker internationalisiert als die Industrie in ganz Deutschland.

(Unruhe)

– Entschuldigung, Herr König, geht's mal ein bisschen leiser? Sie sind fast lauter als ich. Vielen Dank.

(Ingrid Heckner (CSU): Das ist eine Kunst!)

– Das ist eine Frage des Respektes. Sie müssen das selbst entscheiden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Industrie in Bayern ist stärker internationalisiert als die Industrie in Deutschland. Unter den zehn wichtigsten Exportländern für bayerische Produkte befinden sich acht EU-Länder. Falls Trump den Handelskrieg in den USA eskalieren lässt und in der Folge Absatzmöglichkeiten wegbrechen, wird der europäische Markt für die bayerischen Unternehmen noch viel wichtiger. Dies gilt im Übrigen nicht nur für Audi, BMW, Schaeffler und die großen Firmen, die jeder kennt. Nein, das gilt vor allen Dingen für die kleinen und mittleren Unternehmen. 80 % der exportorientierten Unternehmen in Bayern sind Mittelständler mit weniger als 250 Beschäftigten. Diese Unternehmen ver-

fügen überwiegend über deutlich weniger als 250 Beschäftigte. Diese Unternehmen profitieren am meisten von Europa. Freier Handel ist somit – das leuchtet wohl jedem ein – das Fundament für den Wohlstand in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, freier Handel ist auch das Fundament für unsere Stärke. Die Erfolgsgeschichte des europäischen Binnenmarktes und der EU hat zu Wohlstand, zu partnerschaftlichen Beziehungen zwischen den Ländern und vor allen Dingen zu unserem Frieden geführt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Jetzt komme ich zur CSU. Sie haben einen Bayerischen Ministerpräsidenten gestellt, der 1975 Folgendes gesagt hat:

Die Wiederbelebung eines deutschen Nationalstaates im Herzen von Europa kommt für uns nicht in Betracht. Wir stehen nicht für die Wiederbelebung einer europäischen Staatenwelt mit einem deutschen Reich in der Mitte.

Wir haben jedoch im Moment einen Bayerischen Ministerpräsidenten, der weder die historische noch die wirtschaftliche Bedeutung Europas und der Europäischen Union für Bayern verinnerlicht hat. Er hat nämlich vor wenigen Tagen die Axt an Europa angelegt, als er folgende Worte geäußert hat.

(Widerspruch bei der CSU – Karl Freller (CSU): Das ist unmöglich! – Ingrid Heckner (CSU): Das ist ja eine Unverschämtheit!)

– Ich zitiere Ihren Ministerpräsidenten, der im Parlament fast nie anwesend ist. Er sagte, die Zeit des geordneten Multilateralismus sei vorbei.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

– Das übersetze ich Ihnen gerne. Herr Freller, er sagte damit, Deutschland solle Fakten schaffen und seine Interessen im Alleingang durchsetzen. Das ist der O-Ton Ihres Ministerpräsidenten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, solche Formulierungen kennt die Welt bisher eher von einem amerikanischen Präsidenten, der im Moment außer Rand und Band ist. Ein solches Verhalten kommt nun aus Bayern, aus unserem Freistaat.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Karl Freller (CSU): Völliger Unsinn!)

Ein solches Verhalten kommt von einem Ministerpräsidenten, der eigentlich mit Anstand, Sachlichkeit, Geschicklichkeit und Empathie den Herausforderungen und Problemen im Leben jedes einzelnen Menschen begegnen sollte. Er sollte Lösungsvorschläge im Miteinander und nicht im Gegeneinander aufzeigen. Er sollte Lösungsmöglichkeiten im Kompromiss und nicht im Konflikt aufzeigen. Das ist das Wesen der Demokratie und nichts anderes.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Ingrid Heckner (CSU): Was Sie hier machen, ist Wahlkampf! Giftiger Wahlkampf! – Ruth Müller (SPD): Was macht dann die CSU seit 14 Tagen?)

– Ich mache also giftigen Wahlkampf, aha. Was sagen Sie dann zum Zitat? – Hören Sie Ihrem Ministerpräsidenten einmal zu. Es kommt noch mehr. Warum? – Die Geschichte unseres Kontinents hat uns gelehrt, was die Demokratie wert ist. Als der Nationalismus vorherrschte, endete es im Krieg. Seit der Entwicklung des Multilateralismus – –

(Karl Freller (CSU): Bodenlos!)

– Ich beschreibe nur die Geschichte unseres Landes. Seit der Entwicklung des Multilateralismus leben wir größtenteils in Frieden auf unserem Kontinent. Kaum einer im Hohen Haus hat Krieg je erlebt. Das sollte auch so bleiben.

Deshalb frage ich Sie von der Regierungsfraktion – und Sie sollten sich die Antwort genau überlegen –: Wollen Sie wirklich zur Achse der angeblich Willigen gehören, die einen starken Nationalstaat als Lösung feiern, um Herausforderungen wie Klimawandel, Digitalisierung, Welthandel, Flucht- und Migration in den Griff zu bekommen, indem Ängste der Menschen geschürt und verstärkt werden? – Was in der Folge im nationalen Gegeneinander geschehen kann, hatten wir in unserer Geschichte bereits. Das brauchen wir nie wieder.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn Sie ein geeintes Europa mit offenen Grenzen durch neue Grenzkontrollen, Schlagbäume, Zäune und Mauern beenden wollen, dann riskieren Sie in unseren Betrieben nicht nur Millionen von Arbeitsplätzen, sondern Sie stellen unseren Wohlstand schlichtweg infrage. Sie stellen dann unsere Stärke infrage. Sie stellen unsere bayerische Identität infrage. Das ist nicht unser Bayern; das kann ich Ihnen sagen.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Herr König, ich kann Ihnen das auch noch übersetzen. Sie gehören dann nicht zur Achse der angeblich Willigen, sondern Sie gehören zur Achse der Zerstörer und der Verantwortungslosen in Europa. Nichts anderes tun Sie.

(Beifall bei der SPD – Karl Freller (CSU): Jetzt langt es aber! – Alexander König (CSU): Bitte schauen Sie sich mal Ihren Redebeitrag an; Sie werden erschrecken, was Sie da sehen werden!)

– Wissen Sie, was mich erschrecken lässt? – Es ist das, was Sie im Moment mit Ihrer Politik und mit Europa machen. Sie bringen eine ganze Gesellschaft ins Rutschen. Sie bringen die Demokratie ins Rutschen.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Geht es eigentlich noch?)

Was Sie machen, ist grenzenlos verantwortungslos.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Wir alle wissen: Europa ist nicht einfach. Einigungsprozesse klappen nicht von heute auf morgen. Die Lösung von Problemen funktioniert nicht von heute auf morgen.

(Karl Freller (CSU): Koalitionspartner!)

Da Ihnen das nicht einleuchtet, zitiere ich nun Außenminister Heiko Maas, der vor wenigen Tagen Folgendes gesagt hat.

(Widerspruch bei der CSU)

– Es ist unser Bundesaußenminister, mit dem Sie in einer Koalition sind. Sorry.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich lese Ihnen vor, was Heiko Maas vor wenigen Tagen Kluges gesagt hat:

In zwanzig Jahren werden vermutlich neun Milliarden Menschen auf der Erde leben: Davon nur noch gut fünf Prozent in der EU. Das klingt wenig, aber fünf Prozent – das ist immer noch viel mehr als die Bruchteile von Prozentpunkten, die dann die nur noch einzelnen Staaten Europas ausmachen. Nur wenn diese fünf Prozent geeint sind, haben wir überhaupt noch die Chance, in dieser sich verändernden Welt irgendetwas mitgestalten zu können.

Das sollte Ihnen einleuchten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen, was unser Bayern braucht: Unser Bayern braucht eine verantwortungsvolle Politik, die auf Fakten und nicht auf Stimmungen basiert. Sie muss Vorurteile widerlegen, statt sie zu befeuern. Sie muss zusammenführen statt ausgrenzen. In unserem Bayern haben Populismus und Fremdenfeindlichkeit schlichtweg keinen Platz. Dabei bleibt es.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Liebe Kollegen der CSU, das Problem ist, dass Ihr Ministerpräsident behauptet, er wolle durch seine Politik den Populisten im Land nicht die Macht überlassen. Aber inzwischen zählt er zu denen mehr als je zuvor. Er ist selber einer der härtesten Populisten in unserem Land.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zum Abschluss sage ich Ihnen eines: Die europäische Einheit ist ein Garant für Frieden, Sicherheit und Menschenrechte auf unserem Kontinent. Die Einheit ist ein Garant für das Fundament des Wohlstandes in Bayern. Deshalb sollten wir uns heute ohne Einschränkungen zu Europa bekennen, zu gemeinsamen Lösungen statt nationalen Alleingängen, zu offenen Grenzen statt zu Schlagbäumen. Ringen Sie sich dazu endlich durch!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat der Kollege Prof. Dr. Piazolo von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bevor ich Ihnen das Wort erteile, darf ich Sie davon in Kenntnis setzen, dass die CSU-Fraktion zu ihrem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/22893 namentliche Abstimmung beantragt hat. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Was für ein Schauspiel haben wir in den letzten Tagen und Wochen erlebt? – Eine doppelte Regierungsdämmerung und einen Frontalangriff auf die eigene Kanzlerin in einer Art und Weise, wie es diese Republik in den letzten Jahrzehnten nicht erlebt hat. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Nach dem Parteitagsauftritt von Horst Seehofer im Jahr 2015 dachte ich persönlich, dass es stillloser nicht mehr geht. Das, was er damals in diesen acht Minuten mit der Kanzlerin auf der Bühne gemacht hat, war an Stilllosigkeit nicht zu überbieten. Eineinhalb Jahre

später hat er selbst gesagt: Merkel ist unser Trumpf, sie ist diejenige, die uns in den Wahlkampf führen wird. – Vor einigen Tagen, nach gerade einmal 100 Tagen an der Regierung, drohte er mit der Auflösung der Fraktionsgemeinschaft. Eines Ihrer Regierungsmitglieder, ein Minister, der im Moment nicht anwesend ist, zieht übers Land und sagt in den Gesprächen: Merkel muss weg. Damit nimmt er einen Kampfausdruck von wirklich rechten Parteien auf.

Dazu sage ich Ihnen: Wie weit ist es nach 100 Tagen Regierung gekommen? Heute sagt Generalsekretär Blume: Niemand von uns stellt die Union infrage. Vor Kurzem haben Sie aber noch die Fraktionsgemeinschaft infrage gestellt. Blume sagt: Wir wollen zur Normalität zurück. Damit sagt er aber auch ganz deutlich, wo sich die CSU in den letzten Wochen befunden hat, nämlich nicht mehr auf dem Boden der Normalität. Das, was in den letzten Wochen aufgeführt worden ist, ist ein Schreckensbild für die Demokratie.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage es Ihnen ganz deutlich: Inzwischen geht Donald Trump mit dem nordkoreanischen Diktator Kim Jong Un pfleglicher um als Herr Seehofer und Herr Söder mit der eigenen Kanzlerin. Das, was Sie hier aufführen, sollten Sie sich wirklich einmal zu Gemüte führen.

Natürlich gibt es Versäumnisse in der Asylpolitik. Das bestreiten wir gar nicht. Wir wissen aber doch schon seit Längerem, dass viele Asylbewerber nicht ordnungsgemäß registriert sind. Wir wissen, dass die Einreiseverbote nicht voll beachtet werden, dass das BAMF als Behörde nicht so arbeitet, wie wir es uns vorstellen, dass die Verfahren schleppend sind, dass Asylrichter nicht eingestellt werden und dass die Gemeinden und Landkreise im Regen stehen gelassen werden. Das sind aber Ihre Versäumnisse, Kolleginnen und Kollegen von CSU und Staatsregierung. Das ist doch nicht nur das Versäumnis der Kanzlerin.

Sie regieren in Bayern und in Berlin. Sie sind doch mit dabei. Es war doch nicht eine Einzige, die allein entschieden hat. An jedem Tisch, an dem die Kanzlerin sitzt, bei jeder Koalitionsrunde, bei jedem Spitzentreffen und bei jeder Ministerrunde sind Vertreter von Ihnen dabei. So, wie ich die CSU kenne, sitzen Sie auch nicht schweigend in diesen Runden. Sie stellen den Vorsitzenden der größten europäischen Fraktion, der EVP. Auch da sind Sie mit dabei. Das heißt, Sie haben im Land, im Bund und in Europa die Verantwortung für das, worüber Sie jetzt dauernd klagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich frage Sie: Warum haben Sie in den letzten drei Jahren denn nicht gehandelt? Manchmal stellt sich schon die Frage, ob Sie absichtlich nicht handeln, um hier kurz vor der Wahl zündeln zu können. Das wäre verantwortungslos.

Dann sage ich Ihnen Folgendes: Sie sind mit Joachim Herrmann, dem bayerischen Innenminister, als Spitzenkandidaten in den Wahlkampf gegangen. Er musste doch die Verhältnisse kennen. Er musste doch wissen, was im Asylrecht nicht geklappt hat. Warum haben Sie diese Fragen nicht in den Koalitionsvertrag aufgenommen? Wenn Sie jetzt 63 Maßnahmen vorschlagen, die keiner kennt und von denen eine umstritten ist, dann frage ich Sie, warum Sie das nicht in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben haben. Das ist doch ein Versagen der CSU. Sie haben über den Koalitionsvertrag schlecht verhandelt. Jetzt versuchen Sie, nach 100 Tagen Regierung die Kanzlerin zu stürzen, der Sie Ihre eigenen Mandate zu verdanken haben.

Wenn 62 von 63 Maßnahmen unumstritten sind, frage ich Sie, warum Sie die 62 Maßnahmen nicht verwirklichen. Warum warten Sie auf die Zustimmung zum 63. Punkt? Herr Seehofer könnte doch mit den 62 Punkten rausgehen und ein Maßnahmenpaket mit 62 statt 63 Punkten vorstellen und es umsetzen. Stattdessen macht er lieber gar nichts und schimpft nur auf die eigene Kanzlerin. Was ist das für eine Regierungspolitik? Es ist doch unglaublich, wenn ein Ministerpräsident, der selber neun Jahre lang in

Bayern für Asylpolitik und für das, was in Bayern passiert, verantwortlich war, jetzt als Innenminister seine eigene Kanzlerin in einer solchen Art und Weise angreift.

Er fordert nationale Alleingänge, lässt im Moment aber nur drei Grenzen wirklich bewachen. Die anderen Grenzen sind völlig offen. Ich habe noch nicht gehört, ob Sie wirklich alle diese Grenzen kontrollieren wollen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Mit der Kavallerie!)

– Die Kavallerie wird es wahrscheinlich nicht schaffen. Wenn Sie alle Grenzen in Deutschland kontrollieren wollen, wenn Sie überall prüfen wollen, wer nach Deutschland hereinkommt, brauchen Sie wahrscheinlich Zehntausende von Pferden. Was ist das für ein Bild von einer Republik, von einer offenen wertgestützten europäischen Gesellschaft? Was geht denn in Ihren Köpfen vor?

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Nichts!)

Das fragt man sich manchmal, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir und auch Sie haben jahrzehntelang für ein offenes Europa, für ein wertgestütztes Europa und für ein solidarisches Europa gekämpft. Heute wird das aber infrage gestellt. Jetzt heißt es: Wir werden nationale Alleingänge unternehmen, wenn innerhalb von zwei Wochen keine Lösung in Europa kommt. Sie setzen der Kanzlerin Ultimaten und drohen damit, die Fraktionsgemeinschaft aufzukündigen. Ich persönlich muss Ihnen sagen: Tun Sie es doch.

(Ingrid Heckner (CSU): Wer hat gedroht?)

– Die ganze Zeit haben Sie gedroht. Selbstverständlich werden doch Ultimaten gestellt.

(Ingrid Heckner (CSU): Kein Mensch hat gedroht!)

Sie, die CSU, gefährden im Moment ein europäisches Friedenswerk.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie wissen gar nicht, womit Sie im Moment spielen, um eine Landtagswahl vielleicht nicht ganz so stark zu verlieren, wie Sie es tun werden. Gott sei Dank nützt es Ihnen im Moment nichts, weil die Umfragewerte, wie Sie merken, nach unten gehen. Diejenigen, die das europäische Friedenswerk aufgebaut haben, waren zum großen Teil auch Christdemokraten, angefangen bei Adenauer über de Gasperi und Hallstein bis zu Monnet. Das sollten Sie sich einmal vergegenwärtigen. Sie legen am Werk dieser Menschen, die für Sie eigentlich Vorbilder sein sollten, die Axt an. Deshalb rufe ich Sie auf: Überlegen Sie sich, was Sie im Moment tun und was Sie riskieren. Sie setzen im Moment 50 Jahre erfolgreiche deutsche Geschichte aufs Spiel. Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Kehren Sie um und denken Sie nach.

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Dorow von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Alex Dorow (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ein Sammel-surium – –

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Warum müssen Sie hier reden?)

– Ich möchte kein Zwiegespräch mit Ihnen führen, Herr Kollege Pfaffmann, sondern ich möchte ganz gern meine Rede halten.

Herr Kollege Piazzolo, Sie haben zum Schluss die Frage gestellt, wer das europäische Friedenswerk tatsächlich gefährdet. Diese Frage beschäftigt mich schon, weil ich Sie sonst als sachlichen Diskussionsteilnehmer kenne. Ist es derjenige, der schönfärbt? Ist es derjenige, der nicht reagiert, der drei Jahre lang keine Bewegung zustande bringt?

(Beifall bei der CSU)

Oder ist es derjenige, der nach drei Jahren anpackt, der Bewegung in die Sache bringt so, wie das in den letzten zehn Tagen der Fall war, und zwar durch ein einfaches, von Ihnen geschmähtes Ultimatum?

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Dr. Paul Wengert (SPD): Sie legen die Axt an Europa!)

Ich muss Sie schon fragen: Ist das die Frage, die uns wirklich umtreibt?

(Dr. Paul Wengert (SPD): Sie legen die Axt an Europa!)

– Da war keine Axt. Es geht um die Rettung Europas, entschuldigen Sie, und nicht um die Axt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

– Hier hilft die ganze Schreierei nicht, Herr Kollege Wengert.

(Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Jetzt bin ich dran. Nein, Frau Kollegin Schulze, um Ihre Frage zu beantworten: Wir wollen kein anderes Bayern. Wir wollen, im Gegensatz zu Ihnen, kein Schöngerede mehr. Wir wollen, dass die rosarote Brille abgenommen wird.

(Allgemeine Unruhe)

Wir wollen Lösungen, nicht einfach nur platte Sprüche.

(Beifall bei der CSU)

Das ist kein neues Thema, verehrte Kolleginnen und Kollegen, über das wir heute reden. Ich frage mich ganz ehrlich, weshalb wir bei der jetzigen Konstellation über dieses Thema überhaupt sprechen müssen.

(Zuruf von der SPD: Das fragen wir uns auch!)

Das werfe ich Ihnen jetzt weniger als Oppositionsparteien vor; schließlich ist es Ihr gutes Recht, Themen, die Sie eindeutig nur als Wahlkampfaktik benutzen, hier ins Plenum hineinzuziehen.

(Lachen bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ja, ja – –

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten – Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

– Ja, es ist unglaublich. Ich finde es bemerkenswert, wie die Opposition hier für eine CDU-Kanzlerin in die Bresche springt.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Das ist doch auch Ihre Kanzlerin! – Zurufe von der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Das ist ungewöhnlich, wenn man bedenkt, dass die GRÜNEN in Berlin in der Opposition sind.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Das sollte Ihnen vielleicht auch zu denken geben.

(Anhaltende Unruhe)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mit Zwischenbrüllen lösen wir gar nichts. Bitte lassen Sie den Redner ausreden.

Alex Dorow (CSU): Frau Kollegin Kohnen, in meinen Augen haben Sie in Ihrer Rede gerade eben ein wirklich maßloses Zerrbild der Staatsregierung gezeichnet. Ich unterstelle Ihnen, Sie wissen es eigentlich besser.

(Lachen bei der SPD)

Sie wissen, dass das dem Wahlkampf geschuldet ist. Für meine Begriffe stellt sich hier die Frage der Verantwortung nicht uns, sondern die Frage der Verantwortung stellt sich in dieser Frage doch Ihnen.

(Beifall bei der CSU)

Dabei haben Sie auch aus meiner Sicht exzellent begonnen. Es ist richtig, und das möchte ich an dieser Stelle durchaus als Bekenntnis verstanden wissen, dass das Zusammenwachsen der europäischen Staaten in unvergleichlicher Art und Weise dazu beigetragen hat, dass Europa eine Periode des Friedens, wie wir sie hier noch nie hatten, der Freiheit und der wirtschaftlichen Entwicklung erlebt. Der Freistaat Bayern ist, und auch hier haben Sie vollkommen recht, fest verwurzelt in Europa. Bayern und seine Bevölkerung profitieren von einer funktionierenden und prosperierenden Europäischen Union. Dieses Einigungswerk ist in letzter Zeit aber in eine gehörige Schiefelage geraten. Mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs, der Staatsschuldenkrise im Euroraum, einer hohen Jugendarbeitslosigkeit in zahlreichen Mitgliedstaaten bis hin zu den Fragen der Migration steht Europa in der Tat vor großen Herausforderungen. Es ist offensichtlich, dass wir unterschiedliche Ansichten vertreten. Gerade das letzte Thema, Migration, ist eine Causa mit ungeahnter Sprengkraft, Kolleginnen und Kollegen. Hier gilt für mich, und auch das ist ein Bekenntnis: Wir werden niemandem die Hilfe verweigern, der sie benötigt. Das Recht auf Asyl ist und bleibt ein Grundrecht. Das stellt niemand infrage. Jeder, der politisch verfolgt wird, muss die Chance bekommen, seine Zukunft in Sicherheit zu planen. Das schließt aber nicht mit ein, und darum geht es letztlich, dass all diejenigen, die in ihrer Heimat schlechtere Lebensstandards als wir haben, dies als Ausweg nutzen können.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Darum geht es doch gar nicht!)

– Darum geht es. Wir alle hier wissen: Das ist sowohl auf europäischer als auch auf deutscher Ebene rechtlich ganz klar geregelt. Ich bin davon überzeugt, dass wir in der

jetzigen Konstellation erst dann eine europäische Lösung auch nur ansatzweise erreichen können, wenn die geltenden Rechte wieder Gültigkeit haben.

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei den FREIEN WÄHLERN – Florian Streibl
(FREIE WÄHLER): Ihr seid doch verantwortlich, dass diese Gesetze Gültigkeit haben!)

– Gerade darum bemühen wir uns. Ich versuche, das auszuführen. Wenn Sie mich bitte ausreden lassen. – Ich bin der Meinung, dass die temporären Binnengrenzkontrollen – und nur darum geht es: temporäre Grenzkontrollen – das Hauptproblem natürlich nicht lösen werden. Selbstverständlich muss man erst die Fluchtursachen bekämpfen. Bis das aber möglich ist, müssen Zeichen gesetzt werden, dass nicht jeder unkontrolliert nach Deutschland und Europa kommen kann. Das ist eine Übergangslösung. Die Sozialsysteme können diese Zuwanderung auf Dauer nicht schultern, und das wissen Sie genauso gut wie ich. Eine Integration aller eingewanderten Personen ist unter diesen Umständen auch nicht möglich.

Es ist ebenso eine Tatsache, dass mit dem Geld, das wir in Deutschland für Flüchtlinge ausgeben, in deren Heimatländern um ein Vielfaches mehr Menschen geholfen werden kann.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen deshalb zunächst einmal die Anreize reduzieren, damit dieser gefährliche Weg der Flucht gar nicht mehr begangen wird.

(Ruth Müller (SPD): Anreize?)

– Anreize. Wir müssen verhindern, dass sich diese Menschen, im Übrigen für viel Geld, wenn Sie schon nach Anreizen fragen, in die Hände von kriminellen Schleusern begeben. In diesem Zusammenhang wird immer wieder gern von interessierter Seite, wahrscheinlich auch von Ihrer, gesagt, wir seien weder christlich noch sozial.

(Beifall bei SPD – Unruhe bei den GRÜNEN)

Meine Damen, meine Herren, wenn jeder und jede Einzelne sein Leben riskiert, dann ist das nicht sozial, das ist nicht christlich. Das kann man als Christ auch nicht wollen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Sie stellen doch den Innenminister!)

Daher muss es unser Ziel sein, Möglichkeiten außerhalb der EU zu schaffen, um dort geordnet und sicher Asyl beantragen zu können. Dort sollen die Leute, vernünftig versorgt, einen Antrag stellen und eine Entscheidung bekommen. Sie müssten dann eben kein Flüchtlingsboot mehr besteigen und ihr Leben aufs Spiel setzen, nur um dann nach vielen Monaten der Bearbeitungszeit wieder zurückgeschickt zu werden.

Ja, ich sage es noch einmal: Wir brauchen eine europäische Lösung. In den letzten Monaten, ja in den letzten Jahren, haben wir aber gesehen, dass sich die Staaten der EU nicht einigen können. Knapp drei Jahre wurde diskutiert, es kam aber kaum etwas dabei heraus. Glaubt denn jemand von Ihnen ernsthaft, dass sich das nun ändert, ohne dass sich etwas an der Ausgangslage ändert?

(Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Ihr wart doch dabei!)

Solange es keine europäische Lösung gibt, müssen wir auf nationaler Ebene Lösungen anstreben können. Flächendeckende Grenzkontrollen auf Zeit bedeuten keine Abschottung von den Nachbarn. Gerade unsere österreichischen Nachbarn teilen diese Sichtweise mit uns. Das bedeutet nichts anderes als die Wiedergewinnung der Kontrolle darüber, wer in unser Land einreist, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Kolleginnen und Kollegen, es sollte doch selbstverständlich sein, dass jemand bereits an der Grenze abgewiesen werden kann, wenn er einen ablehnenden Asylbescheid erhalten hat, egal, in welchem EU-Land. Wenn diese Entscheidung im Übrigen von einem anderen EU-Land getroffen wurde, dann gilt das ebenso. Würden wir das nicht so handhaben, dann würden wir deren Entscheidungen in Frage stellen und untergra-

ben. Sie glauben doch nicht allen Ernstes, dass das für ein besseres europäisches Verhältnis oder ein besseres Miteinander sorgen würde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, Sie schreiben in Ihrem Dringlichkeitsantrag:

Der Bayerische Landtag bekennt sich ohne Wenn und Aber zur europäischen Einigung, zum multilateralen Miteinander als deren Grundprinzip und zu ihren Grundwerten, wie sie im Vertrag über die Europäische Union und in der EU-Grundrechtecharta formuliert sind.

Ganz recht. Dazu gehört aber auch, dass gemeinschaftliche Vereinbarungen nicht nur gefunden und getroffen werden, sondern dass sie auch eingehalten werden. Hierzu gehört auch die Einhaltung des Dublin-Abkommens, zumindest so lange, wie es noch gilt.

(Unruhe bei der SPD)

Ich zitiere weiter:

Das Wohlergehen seiner Bürgerinnen und Bürger hängt ganz entscheidend davon ab, dass die EU zusammenbleibt und nicht durch spalterischen Streit weiteren Schaden nimmt.

Auch das ist richtig. Die Öffnung der Grenzen war aber ein solcher spalterischer Alleingang, und sie hat bei unseren Nachbarn für viel Unmut gesorgt.

(Zuruf: Ihr wart doch dabei! – Unruhe bei den GRÜNEN)

Der Sog, nach Deutschland zu kommen, wurde dadurch verstärkt,

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

und die Zahl derjenigen, die sich auf den Weg gemacht haben, wurde vergrößert. Das hat Schaden verursacht, Kolleginnen und Kollegen. Das hat innerhalb der Europäischen Union zu Unmut geführt.

(Alexander König (CSU): Genau so ist es! – Zurufe von der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Das gilt es jetzt wieder auszubügeln.

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Richtig ist: Zuletzt hat man auf EU-Ebene Minischritte geschafft. Die treibende Kraft war dabei aber leider nicht die deutsche Kanzlerin, sondern der österreichische Kanzler. In Ihren Anträgen steht außerdem, dass wir für eine gute Zukunft und für die Lösung der grenzüberschreitenden Probleme mehr Miteinander und ein starkes Europa brauchen. Gemeinsam soll man unter anderem gegen Hunger, Armut, Krieg und Terrorismus und für Frieden, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sowie für innere und soziale Sicherheit eintreten. – Auch da haben Sie recht. Gerade im Kampf gegen den Terrorismus müssen wir aber wissen, Kolleginnen und Kollegen, wer in unserem Land ist. Es darf nicht Gott weiß wer im Strom der Flüchtlinge eingeschleust werden. Wenn wir für mehr Rechtsstaatlichkeit eintreten, so wie Sie das zu Recht verlangen, dann müssen wir zuerst selbst als gutes Beispiel vorangehen und dafür sorgen, dass Recht und Gesetz wieder eingehalten werden. Innere und soziale Sicherheit können wir aber nur verteidigen, wenn wir die Ängste unserer Bevölkerung ernst nehmen und diese nicht weiter schüren.

(Widerspruch bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Glocke des Präsidenten)

Wenn Straftaten Konsequenzen mit sich bringen und man nicht eine – –

(Anhaltende Unruhe bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN –
Zuruf: Schämen Sie sich!)

– Nein, ich schäme mich nicht. Wenn Straftaten Konsequenzen mit sich bringen und man eine Notärztin schwer verletzen kann, wie wir das zuletzt erlebt haben, und man trotzdem nicht belangt wird, dann ist das ein Problem. Das wurde auch von Ihrer Seite gerade gegeißelt. Es ist unerlässlich, dass wir nicht nur die Anreize in unserem Land verringern, sondern dass Hunger, Armut und Krieg vor Ort bekämpft werden.

(Zuruf: Das ist unanständig!)

– Das ist nicht unanständig, sondern das ist leider die Wahrheit. Wir setzen uns ein für ein Europa der Vielfalt mit starken, selbstbewussten Mitgliedstaaten.

(Unruhe bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Damit setzen wir uns für ein zukunftsfähiges Europa ein. Wir bekennen uns zu einem Europa der Sicherheit und der Freizügigkeit. Ohne Einhaltung von Stabilitätsregeln und solides Wirtschaften gibt es auch keine Investitionen in die Zukunft. Dafür tragen wir alle in Europa eine gemeinsame Verantwortung. Solange es keine europäische Lösung gibt, müssen wir nationale Maßnahmen ergreifen und zusätzlich an einer gemeinsamen europäischen Lösung arbeiten. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Ich darf Sie davon in Kenntnis setzen, dass die SPD zu ihrem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/22854 namentliche Abstimmung beantragt hat. Wir sind allerdings schon in der Frist für die namentliche Abstimmung bei 20 Minuten. Also ist es konsumiert. Wir brauchen nicht mehr die 15 Minuten neu in Gang zu setzen. – Als Nächste hat die Frau Kollegin Stamm für zwei Minuten das Wort. Bitte schön.

Claudia Stamm (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der CSU, vor allem sehr geehrter Kollege Dorow, wir kennen uns ja noch aus den Zeiten, als wir beide bei B5 aktuell Nachrichten gemacht haben; aber das war jetzt in Teilen nicht mehr das, was man Nachrichten nennt.

Ich kann verstehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass man dem Unsinn der CSU gerne etwas Vernünftiges entgegensetzen möchte. Ich kann auch verstehen, dass es eine gewisse Strategie gibt. Man kann der CSU, die sich immer so wirtschaftsfreundlich und unternehmerfreundlich gibt, auch gerne sagen, dass ihre Politik der Abschottung an den Grundfesten Europas zerrt und damit auch am Euro und auch am Wirtschaftsraum.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, das Problem ist doch nicht, dass die CSU nicht weiß, dass ein freier Warenverkehr auch offene Grenzen braucht. Das Problem ist, dass die Kolleginnen und Kollegen der CSU glauben, sie könnten das eine ohne das andere haben. Knapp 30 Jahre nach dem Vertrag von Maastricht und 11 Jahre nach dem Vertrag von Lissabon stoßen wir tatsächlich an die Grenzen Europas, und zwar an selbst errichtete Grenzen, weil die Politik es versäumt hat, die Lebensverhältnisse innerhalb der EU auch nur einigermaßen anzupassen. Wir stoßen an Grenzen, weil die EU in ihrem Inneren kein bisschen solidarisch ist. Wir schauen nicht einmal mehr nach Griechenland und sehen nicht, was die EU-Politik in Griechenland bewirkt. Wir sehen nicht, was der Privatisierungswahn und der Verkauf von wichtigen Einrichtungen in Griechenland anrichten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie hier von Europa als dem entscheidenden Absatzmarkt reden, dann habe ich die Sorge, dass tatsächlich etwas falsch läuft. Europa heißt nichts anderes, als gemeinsam Politik für eine gemeinsame Zukunft zu machen. Das heißt eben Verzicht auf Nationalismus und Rassismus und die Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten. Wir müssen endlich akzeptieren, dass Europa uns etwas kostet! Die EU kostet uns etwas, und die Rechnung liegt auf dem Tisch. Wir

sind aber nicht bereit, die Zeche zu zahlen. Das ist nichts anderes als politische Zechprellerei! Wir müssen einfach klar und deutlich für ein soziales, demokratisches und solidarisches Europa eintreten. Das ist unsere Aufgabe in diesen Zeiten, und nichts anderes.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat der Kollege Muthmann ebenfalls für zwei Minuten das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Alexander Muthmann (fraktionslos): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch mir geht es in der heutigen Auseinandersetzung mehr um den Stil als um den Inhalt. Es stellt sich schon die Frage an die CSU: Wo in dieser Fraktion ist die Haltung eines Alois Glück? – Alois Glück arbeitet in einer bedächtigen Analyse, mit Weitblick und in europäischer Verantwortung an Problemlösungen und hat angesichts der Bedeutung der Europäischen Union die Suche nach Gemeinsamkeiten und insbesondere einen respektvollen Umgang angemahnt. Ich zitiere aus dem dritten Absatz des Antrags der CSU: "Der Landtag stellt fest, dass gegen Enttäuschung, Skepsis und Angst vor Kontrollverlust in der Bevölkerung Europas nur Entschlossenheit und die konsequente Lösung von Problemen helfen."

Ich glaube eben nicht, dass man bei solchen Emotionen ausschließlich auf Entschlossenheit setzen kann. Probieren Sie es doch einmal wieder mit Aufklärung, mit Werten wie Solidarität und Menschlichkeit, mit Zuversicht und der Bereitschaft zum Kompromiss! Angesichts der Werte, die wir Europa zu verdanken haben, und der Konsequenzen, die aus der Entwicklung des Friedens, der Freiheit, der Rechtsstaatlichkeit und auch des Wohlstands der Europäischen Union in den letzten Jahrzehnten erwachsen sind, sollte man in Wortwahl, im Stil und im Umgang miteinander zu mehr Bedachtsamkeit zurückkehren, um in der Sache die notwendigen Lösungen zu finden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Jetzt hat Herr Staatsminister Eisenreich das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Georg Eisenreich (Digitales, Medien und Europa): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin ein Freund von Debatten, auch ein Freund von Kontroversen. Ich glaube, dass wir in den letzten Jahren zu wenige Debatten hatten; insofern freue ich mich. Ich möchte aber mit meiner Rede einen Beitrag zur Versachlichung der Debatte leisten.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Die CSU-Debatte versachlichen!)

Dabei möchte ich für die Bayerische Staatsregierung einiges klarstellen.

Die Bayerische Staatsregierung steht zur Europäischen Union, selbstverständlich. Die Europäische Union ist ein großartiges Werk, das uns über Jahrzehnte Frieden und Freiheit gesichert hat, das dazu beigetragen hat, dass aus Gegnern Partner und Freunde geworden sind. Auch der europäische Binnenmarkt, die Reisefreiheit und die Freizügigkeit sind große Errungenschaften. Bayern und Deutschland profitieren in ganz besonderer Weise davon. Unser Ministerpräsident Markus Söder hat dieses Bekenntnis im Übrigen dadurch verdeutlicht, dass er eine der ersten Sitzungen des Kabinetts in seiner Amtszeit in Brüssel abgehalten hat, um zu dokumentieren: Wir wollen die Europäische Union mitgestalten.

Dennoch kann niemand beiseitewischen, dass die Europäische Union in die Krise geraten ist.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Warum?)

– Ich nenne einige Gründe: Eine Reihe von Ländern verstößt seit Jahren gegen die vereinbarten Stabilitätskriterien.

(Markus Rinderspacher (SPD): Deutschland!)

Es gibt nach wie vor ungelöste Fragen bei dem großen Thema Asyl und Migration. Das Recht wird missachtet, Stichworte Schengen und Dublin. Nach wie vor sind Fragen der Stabilisierung des Euroraums und des Umgangs mit überschuldeten Staaten umstritten. In der Zwischenzeit ist die Entscheidung für den Brexit gefallen. Bei einem Teil der Bürger in Europa ist ein Vertrauensverlust zu beobachten. Populistische Bewegungen erstarben. Diese Analyse kann doch keiner beiseitewischen! Deswegen sagen wir entsprechend unserer Haltung: Wir stehen zur Europäischen Union; wir werden aber auch Fehlentwicklungen ansprechen und versuchen, diese zu korrigieren, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Unsere Grundhaltung ist: Die Staatsregierung bekennt sich zu einem Europa in Frieden und Freiheit. Wir bekennen uns zu einem Europa der Regionen. Wir bekennen uns zu einem Europa, das auf der Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten beruht, das den kleinen Mitgliedstaaten auf Augenhöhe und mit Respekt begegnet. Die Staatsregierung bekennt sich zu einem Europa, das seine Verträge und Rechtsordnungen sowie den Subsidiaritätsgrundsatz achtet. Das ist unsere Vorstellung von Europa, und diese Vorstellung teilt die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Europa ist eine Rechtsgemeinschaft. Europa ist aber auch eine Wertegemeinschaft. Wir haben uns in Europa zusammengefunden, um auf der Basis dieses gemeinsamen Wertefundaments Probleme zu lösen.

Bei der Aufteilung der Zuständigkeiten gilt es, einen für uns sehr wichtigen Grundsatz zu beachten.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das ist der Subsidiaritätsgrundsatz. Wir sind der Meinung, dass die Europäische Union die großen Fragen lösen soll, die Fragen, bei denen gemeinsame Lösungen

besser sind. Die großen Fragen betreffen zum Beispiel die Themen Asyl, Migration, Sicherheit, Verteidigung

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Manfred Weber ist gefordert!)

oder auch die Schaffung eines einheitlichen Rahmens im Bereich der Digitalisierung.

Und was das aktuelle Thema betrifft, verehrte Kolleginnen und Kollegen: Ja, die Themen Asyl, illegale Migration und Sicherheit stehen bei uns und auch bei vielen Bürgerinnen und Bürgern ganz oben auf der Agenda. Warum? – Weil wir seit Jahren auf Lösungen warten und jetzt einfach Entscheidungen notwendig sind, und zwar Entscheidungen, die auch in der Praxis und nicht nur auf dem Papier funktionieren.

Der Großteil der Bürgerinnen und Bürger, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte, dass der Staat handlungsfähig ist. Das ist ein Beitrag zur Stärkung der Demokratie, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Beitrag zur Stärkung der Demokratie in diesem Land, und deswegen setzen wir uns auch dafür ein.

(Beifall bei der CSU)

Selbstverständlich wollen wir auch bei diesem Thema europäische Lösungen – selbstverständlich. Wir wollen gemeinsame Asylstandards – selbstverständlich. Wir wollen, dass es einheitliche Verfahren an der Grenze gibt. Wir wollen einen wirksamen Außengrenzschutz. Allerdings sind wir der Meinung: Bis diese europäischen Lösungen kommen – und wir warten darauf schon eine ganze Weile, sie sind schwierig, weil es dazu in Europa unterschiedliche Auffassungen gibt –, können wir unserer Meinung nach in Deutschland nationales und europäisches Recht anwenden und Flüchtlinge an der Grenze zurückweisen. Diese Meinung vertreten wir.

(Beifall bei der CSU)

Andere Länder in Europa machen das im Übrigen, und zwar eine ganze Reihe.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Ungarn!)

– Zum Beispiel Frankreich, ein großer Partner in Europa. Frankreich, das eine ganze Reihe von Vorschlägen zur Weiterentwicklung Europas gemacht hat, weist Flüchtlinge an der Grenze zu Italien zurück.

Wir haben im Übrigen der Kanzlerin – das wäre wirklich eine völlige Fehleinschätzung – auch kein Ultimatum gestellt. Die Kanzlerin hat darum gebeten, dass sie noch zwei Wochen Zeit bekommt, und die Union, die CSU, war damit einverstanden. Dies umzudrehen und die CSU zu diffamieren, als ob sie ein Ultimatum gestellt hätte, ist kein vernünftiger und kein sachlicher Umgang.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ich möchte noch kurz etwas zur SPD sagen, weil ich das heute im "Münchner Merkur" auch getan habe. Ich mache mir Sorgen um unseren großen Partner im Haus der Volksparteien.

(Zurufe von der SPD)

– Doch, wir müssen das.

(Zuruf des Abgeordneten Franz Schindler (SPD) – Weitere Zurufe)

Sie missverstehen etwas. Ein Teil Ihrer Wähler will soziale Sicherheit und innere Sicherheit. Das ist ein Grundbedürfnis.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie das nicht verstehen, brauchen Sie sich nicht zu wundern, wenn Ihnen die Wähler wirklich in Scharen davonlaufen.

(Zuruf von der SPD: Ihnen! – Thomas Gehring (GRÜNE): Und der CSU! – Weitere Zurufe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer für den Erfolg der Europäischen Union ist – und das sind wir; wir treten dafür ein –, der muss Probleme lösen, nicht nur über Probleme reden.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Tun Sie es! – Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Und Probleme lösen heißt, nicht nur Formelkompromisse auf dem Papier zu finden, sondern Lösungen zu finden, die in der Praxis funktionieren. Wer für Europa ist, wer für einen Erfolg der Europäischen Union ist, der muss den Subsidiaritätsgrundsatz achten. Wir brauchen die Europäische Union für die großen Themen, aber nicht dafür, dass sie sich im Alltag in das Leben der Menschen einmischt. Wer für einen Erfolg Europas ist, der muss dafür eintreten, dass die Europäische Union bürgernaher wird und dass Vertrauen zurückgewonnen wird. Wir sind der festen Überzeugung, dass unsere Politik, die Politik der Staatsregierung, die Politik der CSU, dazu ein Beitrag ist. Das, was Sie sagen, ist dazu kein Beitrag, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Ich bitte um etwas Aufmerksamkeit. Ich lasse zunächst über zwei Anträge in einfacher Form und dann über zwei Anträge in namentlicher Form abstimmen.

Ich beginne mit dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/22852; das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Kollegin Claudia Stamm (fraktionslos) und der Kollege Muthmann (fraktionslos). Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion

der FREIEN WÄHLER und des Kollegen Felbinger (fraktionslos) ist der Antrag abgelehnt.

Nun rufe ich den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/22892 auf; das ist der Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind die Fraktion der FREIEN WÄHLER und der Kollege Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der SPD sowie die Kollegin Claudia Stamm (fraktionslos). Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke schön. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nun rufe ich die namentliche Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD auf Drucksache 17/22854 auf. Ich eröffne die Abstimmung. Fünf Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 16.06 bis 16.11 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Die Abstimmung ist geschlossen. Wir zählen außerhalb des Plenarsaals aus. Ich bitte um etwas Aufmerksamkeit. Wir treten gleich in die nächste Abstimmung ein.

Jetzt erfolgt die namentliche Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/22893. Ich eröffne die Abstimmung. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 16.11 bis 16.14 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Wir schließen die Abstimmung. Wir zählen außerhalb des Sitzungssaals aus. Ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen, damit wir in der Tagesordnung weiterfahren können.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf: den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Kreuzer, Reiß, Freller und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Neuordnung der Migrationspolitik: Begrenzung, Steuerung und Ordnung von Zuwanderung!" auf Druck-

sache 17/22853, den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwan-ger, Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Versäumnisse in der Asylpolitik korrigieren – geltendes deutsches und eu-ropäisches Recht anwenden!" auf Drucksache 17/22894, den nachgezogenen Dring-lichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Weikert, Rauscher und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Zusammenhalt statt Spaltung, Sachlichkeit statt Populis-mus: Für eine verantwortungsvolle Flüchtlings- und Migrationspolitik!" auf Drucksa-che 17/22895 sowie den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Schulze, Hartmann, Kamm und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Recht auf Asyl schützen, rechtsstaatlich handeln, Zuwanderung durch Ein-wanderungsgesetz regeln" auf Drucksache 17/22896.

(...)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Zunächst das Ergebnis der namentlichen Abstim-mung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Rosenthal, Aures und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Europe United: Gemeinsam han-deln statt nationaler Alleingänge" auf Drucksache 17/22854. Mit Ja haben 55, mit Nein 82 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 15 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Nun zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den nachgezogenen Dringlich-keitsantrag der Abgeordneten Kreuzer, Freller, Reiß und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Für ein starkes Europa – Zusammenarbeit der Staaten auf Augenhöhe zur Bewahrung der europäischen Grundwerte" auf Drucksache 17/22893. Mit Ja haben 80, mit Nein 55 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 13 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 26.06.2018 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Georg Rosenthal, Inge Aures u. a. und Fraktion SPD; Europe United: Gemeinsam handeln statt nationaler Alleingänge (Drucksache 17/22854)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			X
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar			
Biedefeld Susann			
Blume Markus			
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin	X		
Deckwerth Ilona	X		
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Fehlner Martina			
Felbinger Günther			X
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Fröschl Markus		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			X
Güll Martin	X		
Güller Harald			
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Häusler Johann			X
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold			X
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hölzl Florian			
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter			X
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans			
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			X
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			X
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	55	82	15

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 26.06.2018 zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Tobias Reiß u. a. und Fraktion CSU; Für ein starkes Europa - Zusammenarbeit der Staaten auf Augenhöhe zur Bewahrung der europäischen Grundwerte (Drucksache 17/22893)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Gerlach Judith	X		
Aigner Ilse	X			Gibis Max	X		
Aiwanger Hubert			X	Glauber Thorsten			
Arnold Horst		X		Dr. Goppel Thomas	X		
Aures Inge		X		Gote Ulrike		X	
				Gottstein Eva			X
Bachhuber Martin	X			Güll Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X	Güller Harald			
Bauer Volker				Guttenberger Petra	X		
Baumgärtner Jürgen	X						
Prof. Dr. Bausback Winfried	X			Haderthauer Christine			
Beißwenger Eric	X			Häusler Johann		X	
Dr. Bernhard Otmar	X			Halbleib Volkmar		X	
Biedefeld Susann		X		Hanisch Joachim			X
Blume Markus				Hartmann Ludwig		X	
Bocklet Reinhold				Heckner Ingrid	X		
Brannekämper Robert	X			Heike Jürgen W.	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X			Herold Hans	X		
von Brunn Florian		X		Dr. Herrmann Florian	X		
Brunner Helmut	X			Herrmann Joachim	X		
				Dr. Herz Leopold			X
Celina Kerstin		X		Hiersemann Alexandra		X	
				Hintersberger Johannes	X		
Deckwerth Ilona		X		Hölzl Florian			
Dettenhöfer Petra				Hofmann Michael	X		
Dorow Alex	X			Holetschek Klaus	X		
Dünkel Norbert	X			Dr. Hopp Gerhard	X		
Dr. Dürr Sepp		X		Huber Erwin	X		
				Dr. Huber Marcel			
Eck Gerhard	X			Dr. Huber Martin			
Dr. Eiling-Hütig Ute	X			Huber Thomas	X		
Eisenreich Georg	X			Dr. Hünnerkopf Otto	X		
				Huml Melanie	X		
Fackler Wolfgang	X						
Dr. Fahn Hans Jürgen				Imhof Hermann	X		
Fehlner Martina							
Felbinger Günther			X	Jörg Oliver	X		
Flierl Alexander	X						
Freller Karl	X			Kamm Christine		X	
Fröschl Markus	X			Kaniber Michaela			
Füracker Albert				Karl Annette			
				Kirchner Sandro	X		
Ganserer Markus		X		Knoblauch Günther		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X		König Alexander	X		
Gehring Thomas		X		Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate	X		
Meyer Peter			X
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans			
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin		X	
Sauter Alfred	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi			X
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika	X		
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina			
Untertländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta			X
Wild Margit		X	
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno			
Gesamtsumme	80	55	13